L-01-177 Ein grünes Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von Prävention bis zur Versorgung und von der Geburt bis ins hohe Alter

Antragsteller*in: Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01NEU

Von Zeile 178 bis 180:
in durchschnittlichen Vergleichsjahren. Besonders betroffen waren ältere Menschen; die Mortalitätsrate stieg bis zu 50 Prozent an. ~~Umso wichtiger~~Hitzewellen sind Extremwetterereignisse, vor denen vulnerable Gruppen frühzeitig gewarnt und ausreichend geschützt werden müssen. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle in der Senatsverwaltung für Gesundheit ein, die bis spätestens zum Sommer 2023, idealerweise zum Sommer 2022, einen Hitzeaktionsplan für Berlin erstellt und analog zum Krisenmanagement im Katastrophenfall agieren kann. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Katastrophenschutz und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst zu. Wir orientieren uns eng an den Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit des Bundesumweltministeriums bzw. der Bund/Länder Ad-hoc Arbeitsgruppe ‚Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK) und dem bisherigen Best Practice Beispiel der Stadt Mannheim. Zur Einbeziehung der medizinischen Akteure in das dezentrale Netzwerk ist ~~es, neben Klimaschutzmaßnahmen auch Klimaanpassungsmaßnahmen vorzunehmen~~eine Kooperation zum Beispiel mit der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG) denkbar.

Begründung

Aktuelle Analysen aus dem Lancet Policy Brief für Deutschland 2021 zeigen, dass die Gesundheitsgefährdung durch Hitze in Deutschland weiter zugenommen hat. Die Prognosen gehen von einer Zunahme von Hitzewellen bei steigender Anzahl vulnerabler Bevölkerungsgruppen aus. Dabei spielen die Zunahme der älteren Bevölkerung und die Verstädterung eine entscheidende Rolle. Es ist eine generelle Aufgabe für die nächsten ein bis zwei Jahre gesundheitsbezogenem Hitzeschutz gesetzlich zu verankern und Zuständigkeiten in Landesgesetzen (analog zum Brand- und Hitzeschutz) festzulegen, um eine klare Entscheidungsstruktur und Koordination sicherzustellen und insbesondere die Erstellung von Hitzeaktionsplänen auf kommunaler und Landesebene zu priorisieren und Änderungen auch im Bau- und Arbeitsschutzrecht umzusetzen, die gesundheitsbezogenen Hitzeschutz berücksichtigen. Am drängendsten ist aber jetzt die Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Millionenmetropole Berlin. Die Erfahrungen der Ahrtalflut haben allen Bürger*innen vor Augen geführt, dass Extremwetterereignisse auch in Deutschland vorkommen können und Menschenleben kosten. Es ist daher von herausgehobener Bedeutung im Katastrophenfall auf ein gut koordiniertes, dezentrales Netzwerk von staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen zurückgreifen zu können, die einen integrierten Bevölkerungsschutz leisten können. Die Handlungsempfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe stellen die Blaupause bereit. Es braucht jetzt schnell den politischen Willen, diese kommunal und auf Landesebene umzusetzen.

Unterstützer*innen

Cornelia Apel (KV Berlin-Pankow); Anja Fink (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/

Wilmersdorf); Ellis Huber (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Till Gierlich (KV Berlin-Neukölln); Simon Feyrer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)